

Haushalt



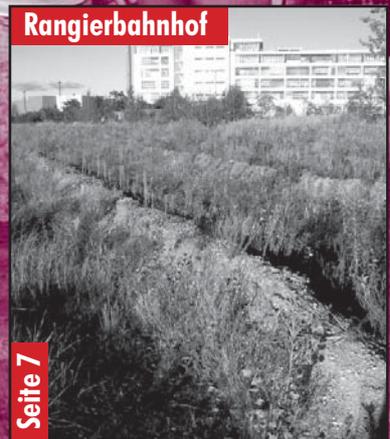
Seite 4/5

Neue Linke



Seite 6

Rangierbahnhof



Seite 7

Aus BVV und Ausschüssen

Haushalt ohne Perspektive



Auch die letzte Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung Pankow (BVV) vor der Sommerpause begann mit Fragen von Bürgern an das Bezirksamt. Sie bezogen sich auf die Zukunft des EliasHofes als Kulturstandort, den Fortbestand der Karower Bibliothek und auf Sanierungsmaßnahmen der GESOBAU. Nach der Fragestunde informierte der Vorsteher, dass die beiden WASG-Bezirksverordneten ihren Gruppenstatus verloren haben, da die Partei nicht mehr existiert. Sie sind jetzt Einzelverordnete. Dem von der Fraktion DIE LINKE eingebrachten Dringlichkeitsantrag „Steg über den Gleimtunnel“, um auf die mangelnde Verkehrssicherheit des Tunnels hinzuweisen, schloss sich die SPD an. Nach längerer Diskussion nahm die BVV den Antrag mit großer Mehrheit an. Die BVV wählte die Mitglieder des Integrationsbeirates und des Beirats für Sozialhilfangelegenheiten. Zum Ende der Tagung brachte das Bezirksamt den Bezirkshaushalt für

die Jahre 2008/2009 ein. Der Bürgermeister wies auf die für Pankow schwer nachvollziehbare Sichtweise des Senats zu diesem Doppelhaushalt hin. Der SPD-Finanzsenator hatte von einer „auskömmlichen Finanzierung der Bezirke“ gesprochen. Dabei sind die 200 Millionen Euro mehr für alle Bezirke zweckgebunden.

Sie betreffen Leistungen, auf die die Bürger einen Rechtsanspruch haben, bspw. die Sozialhilfe. Die jahrelange Unterfinanzierung im Bezirk in diesem Bereich wurde nun endlich im Haushaltsentwurf nahezu aufgehoben.

Gleichzeitig macht die Senatsfinanzverwaltung feste Vorgaben für andere Bereiche. So schreibt sie dem Bezirk vor, wie viel Mittel für den baulichen Unterhalt der Gebäude und Straßen aufzuwenden sind. Hielte der Bezirk diese und andere Vorgaben ein, bliebe trotzdem eine Deckungslücke von 12,2 Millionen Euro. Das hieße über acht Millionen an Personalkürzungen und über

Bezirksverordnetensaal

vier Millionen Euro Kürzungen im konsumtiven Bereich. In der Realität ist diese riesige Summe nicht zu erbringen.

Nur die Hälfte der Einsparungen führt schon zur Schließung von Bibliotheken und Begegnungsstätten für Jugendliche, zur Reduzierung von Volkshochschul- und Musikschulangeboten. Gleichzeitig ist der bisherige Schuldenberg des Bezirkes von über 31 Millionen Euro trotz dieser Kürzungsplanung um keinen Cent abgetragen.

Diese angespannte Haushaltssituation gibt es in fast allen Berliner Bezirken. Vielleicht ist dies ja Anlass genug für den Senat, seine Zuwendungs politik gegenüber den Bezirken zu überdenken.

Axel Bielefeldt
Bezirksverordneter

Schulpflicht contra Kulturstandort?

In den letzten Monaten gab es im Prenzlauer Berg heftig Streit um die Einschulung. Kinder sollten nicht in diejenigen Schulen gehen, die die Eltern gerne wollten. Das gewählte Verfahren des Bezirksamtes stieß auf Protest. Es kostete die Plätze für die Schulanfänger, weil es zu viele davon gibt. Es sah so aus, als könnten nicht alle ABC-Schützen untergebracht werden. Während andere Regionen den Rückgang von Schülerzahlen beklagen, steigen sie im Pankower Süden bis mindestens 2011/2012, während im Norden von Pankow Schulschließungen drohen.“

Die Bezirksverordnetenversammlung Pankow (BVV) beschäftigte sich deshalb auf einer Sondersitzung mit einem Antrag mehrerer Fraktionen. Er sollte eine schnelle Lösung der Schulplatzprobleme bringen. Die unterschiedlichen Interessen der Eltern sind jedoch nicht auf einem Blatt Papier zu lösen. Einige wollten ihre Kinder an besonderen Schulen eingeschult wissen, andere an der Schule, die vom Geschwisterkind besucht wird

und dritte wiederum wollten einen Platz in Wohnortnähe. Die Fraktion DIE LINKE hat sich trotz und gerade wegen der Wichtigkeit dieses Themas entschieden, den interfraktionellen Antrag nicht mitzutragen. Politische Schnellschüsse, wie die Forderung nach einer provisorischen Grundschule im Prenzlauer Berg ohne ein pädagogisches und schulorganisatorisches Konzept, können wir nicht mittragen. Zudem wurde in dem Allparteiantrag die Aufhebung der Schuleinzugsgebiete gefordert. Auf der Landesebene vertreten dies insbesondere B'90/DIE GRÜNEN.

DIE LINKE wollte diesen Passus streichen, weil die Wohnortnähe für uns der wichtigste Punkt bei der Regulierung der Einschulung von Kindern ist. Lange Schulwege müssen vermieden werden. Diesem Streichungsvorschlag mochten sich die anderen Fraktionen nicht anschließen.

Übersehen wird, dass die zunächst sympathisch erscheinende Forderung, dass Geschwister eine gemeinsame Schule besuchen sollten,

zu einer Umgehung des Wortortnäheprinzips führt. In der Folge müsste das Bezirksamt immer wieder Einzugsgebiete verkleinern und sorgt damit für einen immer wiederkehrenden Konflikt.

Zweitens wurde sich in dem BVV-Antrag auf den EliasHof in der Senefelder Straße 6 als provisorischen Grundschulstandort fokussiert. Dieses Kinder- und Jugendkulturzentrum, das u.a die Musikschule, das MACHmit! Museum für Kinder oder das Jugendtheater Murkelbühne beherbergt, sollte jedenfalls nicht ohne Prüfung aller Möglichkeiten vorschnell aufgegeben werden.

Für das jetzt gestartete Schuljahr wurden zum Glück alle Schüler untergebracht. Der EliasHof musste nicht ungenutzt werden. Aber die Schülerzahlen steigen weiter im kommenden Jahr. Deswegen muss die Schulstadträtin im Herbst eine solide Schulentwicklungsplanung auf den Tisch legen, die nicht Schulpflicht contra Kulturstandort heißen darf.

Anja Stiedenroth
Bezirksverordneter

Das Porträt

„... und ich bin dabei!“

Ein Gespenst geht um in Deutschland. Und ich bin dabei!“, waren Katrin Möllers Worte bei ihrer Bewerbung um den stellvertretenden Landesvorsitz für DIE LINKE Berlin.

Und dabei ist sie. Als Mitglied der WASG von September 2005 bis zum Übertritt in DIE LINKE.PDS im September 2006, in der sie den Landeswahlkampf unterstützte und die Basisorganisation „BO Luise“ in Pankow mit aufbaute.

Mit dem ersten Landesparteitag der neuen Linken können wir nun Katrin Möller auch als stellvertretende Landesvorsitzende begrüßen. Mir ist Katrin Möller als ein ruhiger, überlegter und ernsthafter Mensch begegnet. In ihren Äußerungen zeigt sich ein unbändiger Lebenswille, den sie mit Humor nach außen trägt.

Sobald die rote Fahrradkuriertasche um die Ecke radelt und Katrin Möller am Tisch sitzt, sind ihre Arbeitsmaterialien schon auf dem Tisch. Sie liebt punktgenaues Anfahren, quält keinen Ton, kommt von der Stelle und gibt so jedem Abend den richtigen Drive. Die Erziehungswissenschaftlerin mit Chorerfahrung hält als Sprecherin der BO Luise die Fäden in der Hand und navigiert die Gruppen durch alle Höhen und Tiefen der Parteineugründung. In ihrer Selbsteinschätzung „arbeitet sie munter drauf los. Denn Ziel ist es, der Partei auf der Straße ein Gesicht zu geben, im Gespräch mit den Menschen zu sein, ihnen auf verschiedenen Wegen zu vermitteln, was linke Politik in Berlin ausmacht und bewirkt.“ Sie steckt an.

Und so war die BO Luise seit ihrer Gründung bei monatlichen Ständen in Pankow, einer Veranstaltung zur Gesundheitspolitik, dem Knüpfen eines Netzwerkes mit der OASE, einem Hilfverein für MigrantInnen, und dem Franziskaner Kloster präsent. Aber die BO Luise kann auch auf regelmäßige, monatliche Treffen, Klausurtagung und aktiver Teilnahme ihrer Mitglieder am Parteibildungsprozess zurückgreifen.

Es ist Katrin Möllers Ansatz, der konsequent pragmatisch ausgeprägten Politik, die genauso viel Raum für die Erarbeitung der Inhalte lässt, der die gemeinsame Politik zum Erfolg und zum Spaß werden lässt. Und so sagt sie: „Linke Politik heißt auch, immer



wieder selbst zu lernen. Denn wer Argumente aus dem Ärmel schüttern will, muss ja erst mal welche reinstecken.“

Katrin Möller ist am 11. Mai 1967 in Grevesmühlen in Mecklenburg geboren. Sie besuchte die Polytechnische Oberschule (POS) in Rostock, an die sie den Besuch der Pädagogischen Schule Schwerin mit dem Abschluss der Kindergärtnerin anschloss. Sie spezialisierte sich in der Sonderheimerziehung und gründete eine Singegruppe für Kinderprogramme, die später zur Kulturgruppe des Kernkraftwerkes Lubmin bei Greifswald (Gesang und Recherche) avancierte.

1992 machte Katrin Möller sich mit einem interkulturellen und alternativen Café in Greifswald selbständig. Es war das Café Amberland. Eine Selbständigkeit, die durch private Lebensumbrüche im Jahre 1995 beendet wurde und Katrin Möller nach Berlin spülte. Dort entschloss sie sich zu dem Studium der Erziehungswissenschaft. Parallel organisierte sie in Zusammenarbeit mit einem Musikverlag

kulturpolitische Veranstaltungen, wie zum Beispiel Künstler gegen den Krieg. Es folgte eine Anstellung beim Musikverlag und im Bandmanagement.

2003 erhielt sie den von der Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg ausgeschriebenen wissenschaftlich-publizistischen Förderpreis für ihre Diplomarbeit: Die Liedkultur in der DDR als Ausgleich für nicht funktionierende gesellschaftliche Öffentlichkeit. Sie arbeitet bei einem großen Wohlfahrtsträger als Sozialpädagogin und lebt in Pankow.

In der DDR geboren stand Katrin Möller als junge Erwachsene vor der Aufgabe, sich in das neue Koordinatensystem der BRD einzulernen.

Diesen Spagat meisterte sie durch konsequente Kooperation sowie die Gründung und Gestaltung von Netzwerken, denn sie lernt die Menschen „im Handeln kennen“. Das „Voneinander Lernen und das kulturvolle Miteinander“ bedeuten für Katrin Möller die Herausforderung, dass Menschen mit unterschiedlichen politischen Erfahrungswerten, aber eben auch mit unterschiedlichen Sozialisationen gestalterisch und effektiv zusammenarbeiten können.

Diese Worte zielen bewusst auf die Anforderung, die sich durch die Neugründung der Linkspartei. PDS und der WASG ergeben. Als Grundlage jeglichen Parteilebens gilt für sie das Leben der Vielfältigkeit und die sinnliche Erfahrbarkeit der Partei im Spaß und in der Arbeit.

„Netzwerken nach innen und außen“ ist ihre Devise und so verlässt Katrin Möller einen genauso auf den Punkt, wie sie einem begegnet: „Ich freue mich auf die Arbeit, denn die Zeit der Konkurrenz ist vorbei, jetzt ist die Zeit der Kooperation und Aktion. Und ich glaube nicht an Politikverdrossenheit, ich bin mir sicher, dass in unserem Boot bereits mehr Menschen sitzen, als wir bisher bemerkt haben.“

Lena Tietgen
BO Luise

Bezirkshaushalt

Kommunale Kultur in Not



Der Kulturabbau geht weiter. Der vom Bezirksamt Pankow vorgelegte Entwurf des Bezirkshaushaltes für die Jahre 2008/2009 beinhaltet weitere massive Einschnitte in die Kulturangebote für die Bürger.

Zur Deckung der Lücke von ca. 10,9 Millionen Euro zwischen dem vom Senat dem Bezirk für 2008/2009 zugewilligten Volumen an Haushaltsmitteln und dem aktuellen Ausgabevolumen sollen im Kulturhaushalt Personalkosten von ca. 816.000 Euro eingespart werden. Das bedeutet einen Abbau von ca. 20 Stellen. Diese Stelleneinsparungen müssen im Amt für Kultur und Bildung im Wesentlichen nur von den personalintensiven

Bereichen Stadtbibliothek und Musikschule erbracht werden. Trotz der langen Warteliste für einen Musikschulplatz werden über hundert weitere Musikschulplätze wegfallen.

Trotz des bereits sehr ausgedünnten Bibliotheksnetzes werden weitere Standorte geschlossen werden müssen. Auch die Angebote des Museums, der bezirklichen Galerien, der Kulturhäuser wie auch die Möglichkeiten der Förderung von Kunst- und Kulturprojekten werden auf Grund sinkender Sachmittel weiter eingeschränkt.

Dieser Raubbau an der kommunalen Kultur ist angesichts der Tatsache, dass die Haushaltslage des Landes Berlin sich wieder zu bessern beginnt und der Etat der Hauptverwaltung Kultur beim Regierungsenden Bürgermeister von Berlin erstmals nach Jahren wieder wachsen soll, den Bürgern nicht vermittelbar. Die rot-rote Koalition hat die kulturelle Bildung zu einem ihrer politischen Schwerpunkte erklärt. Trotzdem werden kulturelle Basiseinrichtungen in den Bezirken demontiert.

Die Ursache für diesen scheinbar paradoxen Vorgang liegt im Finanzierungssystem der Bezirke. Durch eine permanente Unterfinanzierung

auch bei den von den Bezirken wahrzunehmenden staatlichen Pflichtaufgaben und eine weitgehende Reglementierung der Ausgabenpolitik, die die Bezirke finanziell vollkommen handlungsunfähig macht, zwingt man sie, die Haushaltslücken durch einen anhaltenden Personalabbau zu schließen. Daraus folgt zwangsläufig der Abbau der so genannten freiwilligen Leistungen, dazu zählen hierzulande Kunst und Kultur.

Das alles ist dem Senat noch nicht genug. Er fordert von Pankow noch einen viel weitergehenden Abbau von Leistungen im Kultur- und Bildungsbereich. Dabei geht es dem Senat nicht um Effizienzsteigerung bei der Leistungserbringung, sondern erklärter Maß um Angebotsabbau. Dabei geht es nicht um Pankow allein, sondern um die Bezirkskultur in Berlin generell.

Das Finanzierungssystem zielt nicht auf eine Qualifizierung, sondern auf den systematischen Kahlschlag in der kommunalen Kultur. Ein „Systemwechsel“ tut Not, und zwar jetzt. Das Maß ist voll. Diese Senatspolitik gilt es jetzt zu stoppen.

Michail Nelken

Bezirksstadtrat für Kultur, Wirtschaft und Stadtentwicklung

DIE LINKE lässt die Bezirke nicht allein



Im Abgeordnetenhaus haben die Beratungen für den Landeshaushalt und die Bezirkshaushalte für die Jahre 2008 und 2009 begonnen. Während im Land nach Jahren der Haushaltskonsolidierung Zeichen gesetzt werden, z.B. mit der Gemeinschaftsschule, der Einführung eines Öffentlich geförderten Beschäftigungssektors und mehr Geld für die Hochschulen, werden die Kürzungen in den Bezirken fortgesetzt. Schuld daran sind die zu geringen Zuweisungen vom Senat.

DIE LINKE im Bezirksamt und der BVV Pankow wird die Diskussionen bis zur Beschlussfassung des Landeshaushaltes im Dezember nutzen, um auf diese Missstände zu verweisen und um Verbesserungen zu erwirken.

Auch DIE LINKE im Abgeordnetenhaus wird die Verbesserung der Finanzausstattung der Bezirke in

den Beratungen über den Haushalt 2008/2009 mit einer hohen Priorität versehen. Bereits erreicht wurde, dass die Hilfen zur Erziehung (HzE) durch den Senat angehoben wurden. Da aber von einem steigenden Hilfebedarf von Kindern und Jugendlichen auszugehen ist - in diesem Jahr plus 1,5 Prozent im Vergleich zu 2006 - und auch die Sensibilität der Bevölkerung beim Kinderschutz gewachsen ist, dürfen die Bezirke mit den Mehrkosten nicht allein gelassen werden.

Gut ist, dass der Senat der Forderung der Bezirksbürgermeister nachgekommen ist und die Personalausgaben um 25 Millionen Euro angehoben hat. Das reicht uns jedoch nicht. Für den Kinderschutz fordern wir 85 Stellen in den Jugend- und Gesundheitsämtern, für die Kontrolle der Umweltzone, des Nichtraucherschutzes und

der Vermeidung von „Flatrate-Partys“ noch einmal 50 Stellen für die Ordnungsämter. Es ist gut, dass für die Unterhaltung der öffentlichen Gebäude den Bezirken zehn Millionen Euro zur Verfügung gestellt werden. Aber der Rest in Höhe von noch fehlenden fünf Millionen Euro muss auch kommen. Das System der Zuweisung der Finanzen an die Bezirke ist intransparent. Manipulationen von Seiten der Senatsverwaltung für Finanzen sind kaum durchschaubar. Eine politische Steuerung durch das Abgeordnetenhaus und eine Kontrolle durch die Bezirksverordnetenversammlungen sind kaum noch möglich. Daher wird es Zeit, dass auf Basis des Koalitionsvertrages ab Dezember diesen Jahres das Zuweisungssystem auf den Prüfstand gestellt wird.

Stefan Liebich

Mitglied des Abgeordnetenhauses

Bezirkshaushalt

Massive Kürzungen im Jugendamt

Die Kürzungen bei den Bezirks Haushalten durch die Senatsfinanzverwaltung, ihre umfangreichen Vorgaben, wie unser Bezirk seinen Haushalt aufzustellen hat, und nicht zu letzt die steigenden Betriebskosten für die kommunalen Gebäude haben erhebliche Auswirkungen auf den Pankower Bezirks Haushalt für die Jahre 2008 und 2009. Das Jugendamt als größtes Amt in unserer Bezirksverwaltung konnte unter diesen Bedingungen nicht von Kürzungen ausgenommen werden.

So mussten allein vom Jugendamt eine Million Euro beim Personal, das heißt 28 Stellen, eingespart werden. Nach den Kürzungen der vergangenen Jahre - seit 2003 um 226 Stellen - geht es schon lange nicht mehr „nur“ um die „Straf- fang“ der Verwaltung, sondern dies führt eindeutig zu Verlust von Leistungsfähigkeit.

Obwohl der Druck für die Sozialpädagogischen Dienste wächst, weil Familien einen immer höheren Beratungsbedarf haben, das Jugendamt immer öfter zum Wohle und Schutz des Kindes eingreifen muss und mithin Bereitschaftsdienste und der Arbeitsaufwand mehr werden, mussten auch hier Sozial-

arbeiterstellen gestrichen werden. Bei den Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen müssen sechs Stellen gespart werden. Die Folge: Zwei Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen müssen geschlossen werden, wenn es nicht gelingt, ein Modell zur Übertragung an einen



Träger der freien Jugendhilfe zu finden. Jede weitere Vorgabe zur Einsparung von Personal führt unweigerlich zu einem weiteren Verlust an Infrastruktur für die Kinder und Jugendlichen.

Neben diesen beispielhaft genannten Bereichen führten die Kürzungen im Jugendamt zu Aufgabenreduzierungen und -verdichtungen. Die stark belasteten Personalbereiche wie die Elterngeld- oder die Kita-Gutscheinstelle können deshalb auch weiterhin nicht durch

mehr Personal entlastet werden. In den letzten Monaten forderten die Bezirke zusätzliche Mittel für die „Hilfen zur Erziehung“ vom Senat. Diese Hilfeleistungen betreffen die Jugendhilfe, Unterstützung und Betreuung von hilfesuchenden Familien, aber auch die Unterbringung und Pflege von Kindern außerhalb der Familie. Der Ruf der Bezirke wird erhört: Die Hilfen wurden um 22,5 Millionen Euro auf das Niveau von 2006 in Höhe von 319 Millionen Euro für alle Bezirke aufgestockt. Pankow kriegt davon aber nur 415.000 Euro ab. Damit stehen in unserem Bezirk für hilfebedürftige Kindern und Jugendliche im Jahre 2008 zwei Millionen Euro weniger zur Verfügung als 2006 – und das trotz steigender Fallzahlen.

Diese dramatische Entwicklung werde ich im Kinder- und Jugendhilfeausschuss der BVV klar vortragen. Gegenüber der Senatsfinanzverwaltung und dem Abgeordnetenhaus werde ich weiter Druck machen gegen diese irrsinnigen Vorgaben. Noch ist der Haushalt nicht verabschiedet.

Christine Keil

Stadträtin für Jugend und Immobilienservice Stellv. Bürgermeisterin

Aus dem Bezirk

■ **Initiative „Wir sind Pankow“**
Künstler, Politiker und Vereine haben die Initiative „Wir sind Pankow - tolerant und weltoffen“ gegründet. Dieses Bündnis, zu dem auch DIE LINKE gehört, hat die Geschehnisse um den Protest gegen den Bau der Moschee in Heinersdorf zum Anlass genommen, um gegen Rassismus, Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit sowie für Demokratie, Religionsfreiheit, Bürgerrechte und Toleranz einzutreten. Die „Pankower Erklärung“ haben u.a. die Fernsehmoderatorin Sarah Kuttner, Liedermacher Steffen Mensching, Vertreter von LINKEN, SPD und Grünen; Sport- und Kulturvereine, Wissenschaftler und Kirchenvertreter unterzeichnet. Auf Infoständen sammelt DIE LINKE Unterschriften für die Erklärung.



Zu einer Plakataktion „Wir sind Pankow - ganz normal anders“ sind alle Pankower Bürger aufgerufen, eigene Ideen einzusenden.

■ U-Bahnhof barrierefrei

Als erste U-Bahnstation der Hauptstadt erhielt der Bahnhof Pankow das Signet „Berlin barrierefrei“.

Blinde und gehbehinderte Menschen können die Station ohne Probleme erreichen und nutzen. Es gibt Zugänge über Aufzüge und Rampen, Lifte mit Sprachprogrammen, ein Blindenleitsystem und Markierungen für Blinde an der Bahnsteigkante.

■ Frauen in Pankow

Am 4. August jährte sich der 45. Todestag der Antifaschistin und Kommunistin Aenne Saefkow. Sie war von 1945 bis 1949 Bezirksrätin für Sozialwesen in der Pankower Verwaltung. Mehr über sie und andere engagierte Frauen ist im 2. Band von „SpurenSuche - Frauen in Pankow, Prenzlauer Berg und Weißensee“ zu erfahren. Der Band ist beim Bezirksamt gegen eine Spende von 5 Euro erhältlich.

Parteileben

Ortsverband in Gründung

Am 15. Mai 2007 haben wir uns in der BO Kompass darauf verständigt, VertreterInnen aus den Basisorganisationen Pankow-Zentrum zu einem Frühschoppen einzuladen, um mit ihnen über die Bildung eines Ortsverbandes ins Gespräch zu kommen.

Als wir uns auf den Samstag, den 07.07.07 verständigt haben, war uns allen gar nicht so bewusst, dass das der Hochzeitstermin des Jahres 2007 ist. Zugegeben - wir wollten ja auch nicht heiraten, aber eine Verbindung eingehen, das wollten wir schon! Unserer Einladung sind acht Genossinnen und Genossen aus sechs Basisorganisationen gefolgt.

Schon bei unserer Vorstellungsrunde wurden die unterschiedlichen Auffassungen zur Bildung eines Ortsverbandes deutlich.

Nach einer sehr konstruktiven, lebhaften Diskussion konnte in folgenden Fragen Konsens erreicht werden:

1. Die Struktur der Basisorganisationen (nicht nur die Altersstruktur) erfordert ein Umdenken in Richtung Ortsverband.

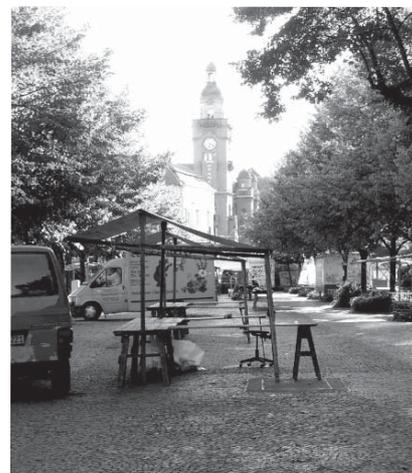
2. Die Eigenständigkeit der Basisorganisationen soll auf jeden Fall erhalten bleiben, dafür gilt es aber die Kräfte und Aktivitäten zu bündeln.

3. Bis zum Jahreswechsel soll der Ortsverband gebildet sein, der sich am Wahlkreisaktiv orientiert, und auf einer Vollversammlung konstituiert.

4. Der Ortsverband (ein Name wird noch gesucht) sollte einen Ortsvorstand wählen, nach Möglichkeit sollten 2 oder 3 Kandidaten Mitglied des Bezirksvorstandes sein.

5. Inhaltliche Zielstellung ist die Durchführung bestimmter Projekte, wie bspw. die Durchführung von Runden Tischen zu verschiedenen sozialpolitischen Themen, wie bereits durch die BO Luise organisiert.

Denkbar sind Aktionen gegen die geplanten Maßnahmen zum Rangierbahnhof in der Granitzstraße und die Auswirkungen auf die Verkehrsplanung im Pankower Zentrum oder gemeinsam mit den Reinickendorfer Genossinnen und Genossen Aktionen gegen den Fluglärm. Und wir wollen als LIN-



Pankower Anger

KE wieder stärker präsent sein, im Zentrum Pankows. Das alles sind erste Überlegungen, die bei den nächsten Treffen weiter diskutiert werden sollen.

Die nächsten Termine stehen auch schon fest: 10. Oktober, 21. November, 19. Dezember 2007, jeweils 17.00 Uhr in der Geschäftsstelle der Volkssolidarität in der Wolfshagener Str. 7.

Tina Pfaff
BO Kompass

Die neue Linke bauen!



Die neue LINKE hat sich auch in Pankow konstituiert.

Mit dem Zusammenschluss von Linkspartei und WASG ist eine Partei entstanden, die mehr ist als die Summe der Mitglieder der beiden Quellparteien. Das zeigen

zahlreiche positive Reaktionen von Bürgerinnen und Bürgern und viele Parteieintritte seit unserem Gründungsparteitag.

Themen wie das Recht auf einen Kitaplatz für alle Kinder, ein gesetzlicher Mindestlohn oder unsere aktuelle Friedenspolitik zu „Bundeswehr raus aus Afghanistan“ sind nur durch die LINKE auf die politische Agenda in Deutschland gekommen.

Dabei zeigt sich, dass wir in vielen politischen Fragen dem Willen der vielen Bürgerinnen und Bürger eine parlamentarische Stimme geben. Die Erwartungen an uns sind erheblich gewachsen. Das ist eine Herausforderung, die wir annehmen müssen.

In der politischen Praxis gilt es, mehr zu bieten als eine Anzahl aufeinanderfolgender politischer Kampagnen. Mittelfristig werden

wir nur stark sein bzw. stärker werden, wenn unsere politischen Themen solide untersetzt und in ein politisches Gesamtkonzept eingeordnet werden.

Auch in Pankow müssen wir den gewachsenen Erwartungen gerecht werden.

Unsere politischen Schwerpunkte sind der Kampf um den Erhalt der öffentlichen Daseinsfürsorge im Bezirk, die Begleitung der Bildung eines öffentlichen Beschäftigungssektors und die Einführung der Gemeinschaftsschule, der Ausbau von Mitbestimmungsmöglichkeiten und direkter Demokratie sowie der Kampf gegen Rechtsextremismus.

Dafür werden wir unsere Kräfte bündeln und um neue Mitglieder werben.

Gernot Klemm
Bezirksvorsitzender

Verfall und Gefahren

GESOBAU tut nichts für Buch

Was macht die GESOBAU in Buch? Nichts, außer Zusehen, wie der Wohnungsbestand verkommt. Die gravierenden Mängel sind lange bekannt. Der Bucher Bürgerverein mahnt seit Jahren, von der Gesobau kam nichts. Selbst als der RBB im Juni über die Missstände berichtete, entzog sich die GESOBAU einer Stellungnahme. Schriftliche Anfragen von Bürgern werden ebenfalls nicht beantwortet. Selbst bei Parlamentarischen Anfragen, die von den Abgeordneten der LINKEN, Marian Krüger und Stefan Liebich an den Senat gestellt wurden, waren die Antworten dürftig. Ich habe den Eindruck: Die GESOBAU ist nicht gewillt, sich wirklich um ihren Wohnungsbestand in Buch zu kümmern. Andererseits beklagt die GESOBAU ihren hohen Leerstand. Ich frage: Wer zieht schon gerne in eine Wohnung, um die sich der Vermieter nicht kümmert? Weiter meint sie: Der Leerstand beziehe sich auf die großen Vier- bis Sechs-Raum-Wohnungen. Diese

Wohnungen haben zwei Nasszellen und mit ein bisschen Phantasie lassen sich aus ihnen komfortable Ein- bis Drei-Raum-Wohnungen herstellen, die einfacher zu vermieten sind.

Zur Mängelbeseitigung gehört auch, dass die Häuser von außen verschönert werden und eine Wärmedämmung angebracht wird. Eine Strangsanierung und ein Anbringen von Kaltwasserrohren sind genauso dringend nötig wie die Erneuerung der elektrischen Leitungen. Auch die Treppenhäuser könnten nach 15 Jahren mal einen neuen Anstrich vertragen.

All das würde Buch als Standort aufwerten. So kämen dann vielleicht auch wieder Investoren. Schließlich gilt Buch auch als Gesundheitsstandort, insbesondere nach dem das neue Krankenhaus fertig gestellt ist. Auch ist die Rede davon, ein großes Seniorenzentrum mit Wohnungen und Pflegeeinrichtungen zu bauen. Die GESOBAU sollte diesen Bemühungen zur Aufwertung Buchs nicht nachstehen



Bucher Ansicht

und das ihrige tun. Ich erwarte sehr, dass sich DIE LINKE auch weiterhin in der BVV und im Senat diesem Thema annimmt. Sonst steht zu befürchten, dass Buch zu einem Armutsstadtteil verkommt.

Jens Dähnel
BO Buch

Der Tod des Pankower Anger?

Nichts als Unkraut – so stellt sich heute noch der stillgelegte Rangierbahnhof in Pankow dar. Die Brache zwischen Berliner Straße und dem Autobahnzubringer Prenzlauer Promenade ist 250.000 Quadratmeter groß. Geht es aber nach dem Willen eines Investors, entsteht hier in Kürze ein ganz neues Areal mit einem großen Einkaufszentrum, mehreren Bau- und Fachmärkten sowie Wohngebäuden.

Die Gesellschaft für Projektentwicklung „Aurelis“ plant noch in diesem Jahr die Entwicklung der Fläche nach ihren Plänen. Das Shopping-Center soll mit 20.000 Quadratmetern so groß wie die Schönhauser Allee Arcaden werden. Dadurch würde die Kaufkraft nach Auffassung des Investors stärker im Bezirk gebunden werden. Damit die neuen Verkehrsströme nicht länger durch die stark belastete Granitzstraße fließen, möchte der Investor gemäß den Planungen der Senatsverwaltung für Stadtent-

wicklung eine neue Straße entwickeln, die von der Prenzlauer Promenade über die Berliner Straße parallel zur Bahntrasse hinweg bis zur Mühlenstraße führen soll.

Der Vorsitzende des Verkehrsausschusses und wirtschaftspolitische Sprecher der Fraktion Die LINKE, Wolfram Kempe, befürchtet die Schwächung des Pankower Angers. Umsatzverluste für kleine Geschäfte wären die Folgen.

Eine neue Straße, die an der Mühlenstraße den Verkehr auf die bisherigen Straßen - vor allem auf die Florastraße - ausschüttet, würde weiteren Straßenbau nach sich ziehen. Es drohe eine neue Tangentialstraße durch Kleingartenanlagen bis zur Bornholmer Straße.

Bezirksstadtrat Dr. Michail Nelken (Die LINKE) erinnerte daran, dass es ein Moderationsverfahren mit dem Bezirk und dem Investor gab, das allerdings zu unüberwindbaren Meinungsverschiedenheiten führte. Gegenüber dem Senat müsse die



Ehemaliger Rangierbahnhof

Straße entlang der Bahntrasse bis zur Mühlenstraße infrage gestellt werden.

Auch eine Bürgerin meldete sich im Ausschuss zu Wort. Pankow bräuchte keinen weiteren großflächigen und phantasielosen Einzelhandel.

Stattdessen gebe es den Wunsch nach kleinen, interessanten Geschäften. Vom Ausschuss bekam die Bürgerin großen Beifall.

Guido Brendgens
Bürgerdeputierter

Glosse

Sicherheit – nur welche?

Die persönliche Sicherheit gehört nach der Maslowschen Bedürfnispyramide zu den Grundbedürfnissen eines jeden Menschen. Es ist allerdings unklar, was alles dem Sicherheitsbedürfnis zugerechnet werden kann. Bei Befragungen wurde selten das meines Erachtens wichtigste Bedürfnis nach Frieden genannt. Häufig aber das Bedürfnis

einen gesicherten Arbeitsplatz zu haben, ausreichend Geld zu verdienen oder gesund zu sein.

Was juckt es also, wenn Deutschland sich an Kriegen in der Welt beteiligt – werden dadurch nicht sogar Arbeitsplätze gesichert? Und aktuell? Bei Umfragen wird vom größten Teil der deutschen Bevölkerung der segensvolle Einsatz deutscher Soldaten in Afghanistan abgelehnt. Abgelehnt? Da wird doch der Hund in der Pfanne verrückt und die „deutschen Demokraten“ treten geschlossen an, um zu erklären, dass unsere „Freiheit am Hindukusch verteidigt werden muss“. Und der Minister Schäuble lässt keinen Tag vergehen, ohne auf die Sicherheitsgefahren aus dem Irak, dem Iran, aus Palästina aus Afghanistan zu verweisen. Jeder vergessene Koffer auf Bahnhöfen wird sicherheitshalber gesprengt. Eine harmlose mit Funk ausgestattete Seenotrettungsboje wurde im Zehlendorfer Zentrum am 21. Juli mit Spezialgeräten entschärft. Entwarnung nach mehreren Stunden.

Da hatten wir es vor einigen Wochen im Rathauscenter in Pankow noch wesentlich schlimmer. Die Aufforderung, das Gebäude sofort zu verlassen, wurde in kurzer Zeit befolgt.

Die Frauen vor die Tür und die Männer im Sauseschritt zu den Autos. Wer will schon bei Alarm sein wertvollstes Stück verlieren. Und dort die Panne – die Autoretter vergaßen den Parkchip zu entwerten – nun standen sie vor der geschlossenen Schranke.

Nach ca. 30 Minuten war alles vorbei. Verdammt, es muss doch möglich sein die Antikriegsstimmung der Deutschen so zu verändern, dass Grundgesetzänderungen notwendig werden. Die Bundeswehr muss doch auch im Inneren eingesetzt werden können – das scheint das Sicherheitserfordernis der gegenwärtigen Zeit zu sein. Insofern erscheinen all diese Aktionen als abgestimmt und keineswegs als Irrungen eines Fanatikers.

K.F.



WANNWOWASWANNWOWASWANN

19. September 17.30 Uhr
9. Tagung der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Pankow, BVV-Saal, Bezirksamt, Fröbelstraße 17, Haus 7

19. September 20 Uhr
„Brot, Pop & Politik - Stefan Liebich und Gäste“ im Blauen Salon der Brotfabrik, Caligaryplatz, diesmal: Stefan Liebich trifft Taies Farzan (Schauspieler und Filmemacherin), Ipek Ipekcioglu (DJ und Autorin) und Evrim Baba (Politikerin), Musik: Meral5

20. September 17 bis 18 Uhr
Bürgersprechstunde von Marion Seelig, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Bezirksgeschäftsstelle DIE LINKE Pankow, Kopenhagener Straße 76

20. September 18 Uhr
Basistag, zu Gast: die beiden Staatssekretärinnen Kerstin Liebich (Arbeit) und Almut Nehrung-Venus (Wirtschaft und Frauen), Bezirksgeschäftsstelle DIE LINKE Pankow, Kopenhagener Str. 76

20. September 20 Uhr
Sitzung des Bezirksvorstandes, Bezirksgeschäftsstelle DIE LINKE Pankow, Kopenhagener Straße 76

24. September 18 Uhr
Sitzung der Linksfraktion in der BVV Pankow im Fraktionszimmer, Bezirksamt, Fröbelstraße 17, Haus 7, Raum 109

29. September 10 Uhr
1. Tagung der 1. Hauptversammlung DIE LINKE Pankow, BVV-Saal, Bezirksamt, Fröbelstraße 17, Haus 7

04. Oktober 16 bis 17 Uhr
Bürgersprechstunde von Stefan Liebich, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Bezirksgeschäftsstelle DIE LINKE Pankow, Kopenhagener Straße 76

09. Oktober 19 Uhr
„10.000 Euro Jobs für Berlin!“, Diskussion zum Einstieg in den Öffentlich Geförderten Beschäftigungssektor mit Helga Adler (Projektmanagerin) und Kerstin Liebich (Staatssekretärin für Arbeit), Frauenzentrum „Paula Panke“, Schulstraße 25

15. Oktober 18 Uhr
Sitzung der Linksfraktion in der BVV Pankow im Fraktionszimmer, Bezirksamt, Fröbelstraße 17, Haus 7, Raum 109

22. Oktober 18 Uhr
Sitzung der Linksfraktion in der BVV Pankow im Fraktionszimmer, Bezirksamt, Fröbelstraße 17, Haus 7, Raum 109

24. Oktober 17.30 Uhr
10. Tagung der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Pankow, BVV-Saal, Bezirksamt, Fröbelstraße 17, Haus 7

25. Oktober 17 bis 18 Uhr
Bürgersprechstunde von Marion Seelig, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Bezirksgeschäftsstelle DIE LINKE Pankow, Kopenhagener Straße 76

27. Oktober 12 bis 14 Uhr
Infostand der BO Luise am Rathauscenter Pankow

29. Oktober 18 Uhr
Sitzung der Linksfraktion in der BVV Pankow im Fraktionszimmer, Bezirksamt, Fröbelstraße 17, Haus 7, Raum 109

01. November 16 bis 17 Uhr
Bürgersprechstunde von Stefan Liebich, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Begegnungsstätte, Grellstraße 14, Nähe S-Bahnhof Prenzlauer Allee

Impressum

Herausgeber: Die LINKE.
Bezirksvorstand Berlin Pankow

Kopenhagener Straße 76 in 10437 Berlin
Fon 44 01 77 80 – Fax 44 01 77 81

www.die-linke-pankow.de
eMail: redaktion@die-linke-pankow.de

V.i.S.d.P.: Gernot Klemm

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 7. September 2007
Druck: double express Auflage: 8.500

Die nächste Ausgabe der extraDrei erscheint am **09. November.**

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Kürzungen und stilistische Überarbeitungen von Zuschriften sind vorbehalten. Auch unverlangt eingesandte Berichte, Meinungen, Fotos usw. werden sorgfältig behandelt.

Das Blatt wird durch Spenden finanziert.

Spenden können eingezahlt werden direkt in der Geschäftsstelle bzw. in einem der Kiezbüros oder auf folgendes Konto: 43 84 81 68 00 bei der Berliner Bank, BLZ 100 200 00, Verwendungszweck: 810-505.

Diese Spende ist steuerlich absetzbar. Damit wir entsprechende Bescheinigungen für das Finanzamt ausstellen können, benötigen wir Name und Anschrift des Spenders / der Spenderin.